

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Gesine Löttsch, Dr. Dietmar Bartsch, Steffen Bockhahn, Roland Claus, Michael Leutert, Dr. Kirsten Tackmann, Jan van Aken, Agnes Alpers, Herbert Behrens, Karin Binder, Matthias W. Birkwald, Heidrun Bluhm, Christine Buchholz, Eva Bulling-Schröter, Dr. Martina Bunge, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Heidrun Dittrich, Werner Dreibus, Dr. Dagmar Enkelmann, Klaus Ernst, Wolfgang Gehrcke, Nicole Gohlke, Diana Golze, Annette Groth, Dr. Gregor Gysi, Heike Hänsel, Dr. Rosemarie Hein, Inge Höger, Dr. Barbara Höll, Andrej Hunko, Ulla Jelpke, Dr. Lukrezia Jochimsen, Katja Kipping, Harald Koch, Jan Korte, Jutta Krellmann, Katrin Kunert, Caren Lay, Sabine Leidig, Ralph Lenkert, Stefan Liebich, Ulla Lötzer, Thomas Lutze, Ulrich Maurer, Dorothee Menzner, Cornelia Möhring, Kornelia Möller, Niema Movassat, Wolfgang Neskovic, Thomas Nord, Petra Pau, Jens Petermann, Richard Pitterle, Yvonne Ploetz, Ingrid Remmers, Paul Schäfer (Köln), Michael Schlecht, Dr. Ilja Seifert, Kathrin Senger-Schäfer, Raju Sharma, Dr. Petra Sitte, Kersten Steinke, Sabine Stüber, Alexander Süßmair, Frank Tempel, Dr. Axel Troost, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Johanna Voß, Sahra Wagenknecht, Halina Wawzyniak, Harald Weinberg, Katrin Werner, Jörn Wunderlich, Sabine Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE.

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 17/10200, 17/10202, 17/10823, 17/10824, 17/10825 –**

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2013 (Haushaltsgesetz 2013)

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

- Während die Bundesregierung in der Europäischen Union von Krisengipfel zu Krisengipfel stolpert, verzichten die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP und die Bundesregierung in Deutschland darauf, die Verursacher und Nutznießer der Krise in die Pflicht zu nehmen. Stattdessen organisieren sie die Vergesellschaftung der Milliardenverluste der Finanzbranche. Beschlossen hat die Koalition eine Pseudo-Bankenabgabe, die bei der derzeitigen Befüllungsgeschwindigkeit des Restrukturierungsfonds auch in 100 Jahren nicht ausreichen wird, um eine Finanzkrise abzufedern. Die Koalitions-

fraktionen und die Bundesregierung bedienen weiterhin die Interessen der Finanzbranche – aktuell zum Beispiel durch das Abschaffen des Privatkundengeschäfts der bundeseigenen Finanzagentur. Die SPD will zur Bundestagswahl 2013 mit einem Kanzlerkandidaten antreten, der wie wenige andere auf deutscher Seite verantwortlich ist für die Finanzkrise. Als Bundesminister der Finanzen deregulierte er zusammen mit dem damaligen SPD-Koalitionspartner BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Vorfeld der Finanzkrise die Finanzmärkte. Bereits vorher setzte er als Finanzminister von Nordrhein-Westfalen bei der Europäischen Kommission Regeln durch, die es Privatbanken wie der Deutschen Bank ermöglichte, Verbriefungen und andere Giftpapiere bei den Landesbanken abzuladen. Diese Giftpapiere führten in der Folge zu Milliardenverlusten, mit denen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler belastet wurden und werden. Über Re-Regulierung der Finanzmärkte und Stärkung der Eigenkapitalanforderungen hinaus müssen spekulative Exzesse durch eine Finanztransaktionssteuer und einen „Finanz-TÜV“ eingedämmt, Privatbanken vergesellschaftet werden. Der Bankensektor muss auf seine Kernfunktionen Zahlungsverkehr, Ersparnisbildung und Finanzierung zurückgeführt und entsprechend geschrumpft werden, damit die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nicht immer wieder aufs Neue erpresst werden. Die unabhängige Finanzberatung durch Verbraucherzentralen muss ausgebaut und der Verbraucherzentrale Bundesverband e. V. als „Finanz-Wächter“ gestärkt werden. Statt Europa in einen Abwärtsstrudel hinein zu sparen, ist eine grundlegende Richtungsänderung der auf Außenhandelsüberschüsse und das Niederkonkurrieren anderer Volkswirtschaften abzielenden Wirtschaftspolitik der Koalitionsfraktionen und der Bundesregierung notwendig. Das deutsche Lohndumping muss beendet, die Inlandsnachfrage gestärkt, dem Auseinanderdriften der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Ost- und Westdeutschland entgegengewirkt werden.

- Die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP setzen die Politik der Umverteilung von unten nach oben, die ihre Vorgängerregierungen begonnen haben, entschlossen fort und vertiefen die Spaltung des Landes. Die Koalitionsfraktionen und die Bundesregierung höhlen die Einnahmebasis des Staates gezielt aus, um mit Einsatz des Druckmittels Schuldenbremse einen angeblichen Sachzwang für Sozialabbau zu schaffen. Die neoliberalen Bundesregierungen der vergangenen Jahrzehnte haben die Steuern für Unternehmen und Besserverdienende fortlaufend gesenkt, gleichzeitig über Mehrwertsteuererhöhungen die Belastungen für Normal- und Geringverdiener erhöht. Im Ergebnis fehlen dem Bund Mittel für die Ausgabenfinanzierung, die Schulden des Bundes belaufen sich inzwischen auf über 1,3 Bio. Euro (Stand: 30. Juni 2012, Statistisches Bundesamt). Umverteilt wird zu Lasten der Arbeitenden, Arbeitslosen, Rentnerinnen, Rentner und Kranken. Bis zum Jahr 2011 reichte der Bund die Einnahmen aus einem Mehrwertsteuer-Prozentpunkt in Höhe von 8 Mrd. Euro an die Bundesagentur für Arbeit weiter, um damit Arbeitsförderung zu finanzieren. Diese Mittel sollen laut Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2013 vollständig gestrichen werden. Weiter gekürzt werden die Eingliederungsleistungen, die dazu beitragen, dass Menschen in Arbeit kommen können. Der Haushaltsentwurf enthält keine Mittel zur Rentenangleichung Ost an West. Der Bundeszuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung soll im Jahr 2013 um 1 Mrd. Euro gekürzt werden.
- Statt öffentliche Unternehmen zu privatisieren und öffentliche Ausgaben zu kürzen, bedarf es öffentlicher Investitionen in gesellschaftlich sinnvolle Bereiche. Die Fraktion DIE LINKE. fordert ein europaweites Zukunftsinvestitionsprogramm, gerichtet auf den Ausbau der gesellschaftlichen Infrastruktur, auf den sozial-ökologischen Umbau der Industrie, auf die Unterstützung der Energiewende in Richtung regenerativer Energien und mit Schwerpunkten in den Bereichen Bildung, Kultur und Gesundheit. Zu finanzieren ist die-

ses Programm über eine EU-weit koordinierte Erhöhung der Besteuerung von Vermögen und hohen Einkommen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- ein wirksames und in sich schlüssiges Zukunftsprogramm aufzulegen;
- Hartz IV insbesondere durch die Förderung und Schaffung neuer Arbeitsplätze zu überwinden;
- die Rüstungsausgaben endlich deutlich zu senken, auf neue Rüstungsprojekte zu verzichten sowie sämtliche Auslandseinsätze der Bundeswehr 2013 zu beenden. Großwaffensysteme, die nicht unmittelbar der Territorialverteidigung dienen, werden ab dem Jahr 2013 einem Ausphasungs- und Verschrottungsprozess unterzogen. Die frei werdenden Gelder werden für soziale und bildungspolitische Projekte, die Entwicklungszusammenarbeit und einen Konversionsfonds genutzt.

Zukunftsprogramm

3,6 Mrd. Euro	für Kitaausbau
3,3 Mrd. Euro	für BAföG und Sonderprogramm zur Bekämpfung der Ausbildungslosigkeit
3,0 Mrd. Euro	für eine kommunale Investitionspauschale
3,0 Mrd. Euro	für einen Energiesparfonds und erhöhte Förderung erneuerbarer Energien
2,5 Mrd. Euro	für die Beseitigung des Investitionsstaus bei den Krankenhäusern
1,0 Mrd. Euro	für Prävention und Gesundheitsförderung
711 Mio. Euro	für den Hochschulpakt
500 Mio. Euro	für die nichtkommerzielle Pharmaforschung
181 Mio. Euro	für die Sicherung von ausreichend Wohnraum, die Fortsetzung der Programme der Städtebauförderung, des Stadtbbaus Ost und Nutzung der Erfahrungen in den alten Ländern bei der Förderung städtebaulicher Entwicklungs- und Sanierungsmaßnahmen
120 Mio. Euro	für Zuschüsse zu den Umstellungskosten aus der Freigabe von Frequenzen (Digitale Dividende)
62 Mio. Euro	für ein qualitativ hochwertiges Integrationskursangebot für möglichst viele Betroffene und eine faire Bezahlung der Lehrkräfte, und um Verschlechterungen des Sprachkursangebots rückgängig zu machen
50 Mio. Euro	bundesweit für die Errichtung und Sanierung von Sportstätten für den Breitensport „Goldener Plan 3.0“ (unter ausgewogener Berücksichtigung von Frauensportarten)
30 Mio. Euro	für eine Deutsche Digitale Bibliothek, um das Feld nicht Privaten zu überlassen
30 Mio. Euro	für ein Sonderprogramm für die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern

- 28 Mio. Euro für die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Infrastruktur in strukturschwachen Gebieten in den neuen und alten Bundesländern und gleicher Teilhabe von Frauen und Männern an Arbeit sowie gleichberechtigter Förderung von Genossenschaften
- 20 Mio. Euro für die Etablierung eines verbraucherorientierten „Finanz-Wächters“ und den Aufbau einer unabhängigen flächendeckenden Finanzberatung
- 5,0 Mio. Euro für die bessere Ausstattung des Bereichs des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
- 1,5 Mio. Euro für die Antidiskriminierungsstelle des Bundes
- 1,4 Mio. Euro für das Technische Hilfswerk (THW)

Mit Arbeitsförderung Massenarbeitslosigkeit bekämpfen

Neben der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze durch das Zukunftsprogramm sind erforderlich

- 15,0 Mrd. Euro zur Erhöhung der Regelsätze der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch und im Alter auf 500 Euro pro Monat, Zahlung angemessener Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung für ALG-II-Bezieherinnen und -Bezieher, Eingliederung der Leistungsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in die regulären Grundsicherungssysteme und die Aufhebung der Anrechnung des Elterngeldes/bzw. Betreuungsgelds auf die Arbeitslosengeld-II-Beziehenden
- 6,1 Mrd. Euro Bundesleistungen für Unterkunft und Heizung
- 6,0 Mrd. Euro Bundesbeteiligung an den Kosten der Arbeitsförderung
- 4,0 Mrd. Euro Kinderzuschlag
- 2,7 Mrd. Euro zur Aufstockung der Gelder für aktive Arbeitsmarktpolitik und Ermöglichung der Umwandlung von passiven in aktive Leistungen, um so den Ausbau öffentlich geförderter Beschäftigungsverhältnisse voranzutreiben (Deckungsfähigkeit des Arbeitslosengeld II und der Bundesleistungen für Unterkunft und Heizung mit den Leistungen zur Eingliederung in Arbeit). Dabei sind 100 Mio. Euro für die Förderung des Breitensports vorgesehen.

Rentengerechtigkeit herstellen

- 4,9 Mrd. Euro zur Umsetzung des Prinzips gleiche Rente für gleiche Leistung und erste Schritte zu einer Angleichung der Ostrenten auf Westniveau. Zudem Verzicht auf die Kürzungen des Bundeszuschusses an die gesetzliche Rentenversicherung durch das Haushaltsgleitgesetz 2013 und die Beitragssatzreduzierung.

Gerechtes Elterngeld auch für Menschen mit niedrigem Einkommen

- 4,0 Mrd. Euro zur Aufstockung des Mindestelterngeldes und Verlängerung der Bezugsdauer (auf bis zu 24 Monate)

Rechte für Menschen mit Behinderung

- 500 Mio. Euro für die Realisierung von Maßnahmen zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, unter anderem für Maßnahmen zur Schaffung umfassender Barrierefreiheit

Verstärkung der Entwicklungszusammenarbeit

- 2,2 Mrd. Euro für die Verstärkung der entwicklungsorientierten Not- und Übergangshilfe, für den Wiederaufbau in Haiti und Pakistan, für die Unterstützung Ostafrikas, für den Ausbau des zivilen Friedensdienstes, für die Verstärkung der finanziellen und technischen Zusammenarbeit, für Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern

Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus

- 22 Mio. Euro zur Absicherung und Stärkung der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus

Finanzierung

- 61 Mrd. Euro durch stärkere Beteiligung der wirtschaftlich Leistungsfähigen an den Kosten des Gemeinwesens durch Erhöhung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer, Sonderabgabe auf Boni in der Finanzbranche, Einführung einer Millionärsteuer, Einführung einer Finanztransaktionssteuer, Besteuerung von Gewinnen beim Verkauf von Anteilen an Kapitalgesellschaften, Rücknahme der Senkung des Körperschaftsteuersatzes von 25 Prozent auf 15 Prozent, Kapitalerträge wieder zum persönlichen Steuersatz versteuern, Abschöpfung der leistungslos erzielten Sondergewinne der Stromversorgungsunternehmen aus dem Emissionshandel, Ausbau der Steuerfahndung bei Großunternehmen und Banken
- 5 Mrd. Euro durch die Beendigung sämtlicher Auslandseinsätze sowie den Verzicht auf militärische Offensivmittel, insbesondere auf die Resttranchen des Kampfflugzeugs Eurofighter, auf die Modernisierung des Kampfflugzeugs Tornado, auf das Transportflugzeug A400M, auf den Schützenpanzer Puma sowie durch weitere Einsparungen im investiven Bereich des Einzelplans 14
- 2,8 Mrd. Euro durch den Abschluss des Schiedsgerichtsverfahrens wegen der Verzögerung bei der Einführung und der anfänglichen Mängel beim Aufbau des Lkw-Mautsystems
- 62 Mio. Euro durch den Stopp von sozial und ökologisch unsinnigen Verkehrsprojekten, wie der Fehmarnbeltquerung, dem Ausbau der Elbe und der Weser sowie Stuttgart 21, die in kommenden Jahren dem Bund 2,1 Mrd. Euro kosten würden
- 8 Mio. Euro durch Verzicht auf Projekte, Programme und Systeme im Bereich der Sicherheit und Überwachung – unter anderem Körperscanner, biometrische Grenzkontrollen und staatliche Überwachungssoftware – deren Sicherheitsgewinn nicht nachgewiesen ist. Sie bergen neue Gefahren und Missbrauchspotentiale. Stattdessen personell und qualitativ gut ausgestattete Sicherheitsbehörden und Polizeidienststellen vor Ort.

Angegeben ist jeweils der Änderungsbetrag im Vergleich zum Regierungsentwurf unter Berücksichtigung der Beratungsergebnisse im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages.

Berlin, den 19. November 2012

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

